

SPARTACVS

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!
Antiimperialistisches Magazin der DKP Märkischer Kreis
- Dezember 2020 -



Verurteilung von „Goldene Morgenröte“

Griechenlands neofaschistische Partei „Chrysis Avgi“ („Goldene Morgenröte“) ist eine kriminelle Organisation. So entschied am 07.10.20 nach fünfjähriger Prozessdauer das zuständige Athener Gericht. Sieben Mitglieder der Parteispitze wurden wegen der Leitung einer kriminellen Organisation für schuldig befunden. Ihnen drohen Haftstrafen zwischen fünf und fünfzehn Jahren.

Dem CA-Anhänger Jorgos droht sogar ein lebenslanger Freiheitsentzug. Er hatte den Mord an Pavles Fyssas gestanden, einem Musiker aus der linken



Szene. Weitere 15 Anhänger der faschistischen Partei, die an den brutalen Überfällen auf aus Ägypten stammende Fischer sowie Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft PAME teilnahmen, wurden der Mittäterschaft für schuldig befunden. Die Opfer waren mit Schlagstöcken und Eisenstangen brutal

zusammengeschlagen worden. Prozessbeobachter sprechen von „Sturmkommandos“. Von den insgesamt 68 Angeklagten waren nur elf anwesend. Vor dem Gebäudekomplex hatten sich etwa 15.000 Demonstranten eingefunden, die unter dem Motto „Sie sind nicht unschuldig“ demonstrierten. Die „Goldene Morgenröte“ war zwischen 2012 und 2019 im griechischen Parlament vertreten. Zum Teil war sie drittstärkste Partei. Sie ist auch im Europaparlament vertreten.

(Auf dem Transparent: Nazis ins Gefängnis!)

Nun, und was hat dies mit Deutschland zu tun? - Dies ist einfacher als man denkt, denn die AfD wie auch die NPD pfleg(t)en erwiesenermaßen Kontakte (u.a. bei Zeit, Spiegel, YouTube zu lesen oder zu sehen) zur „Goldenen Morgenröte“. Der Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg Andreas Kolbitz hatte z.B. schon im Jahr 2007 zusammen mit NPD-Mitgliedern an einem rassistischen Aufmarsch in Athen teilgenommen.

Folgen wir der Athener Gerichtsbarkeit: Verbot der AfD und NPD und allen faschistischen Organisationen! – Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Uwe Moldenhauer

Die Causa Nawalny

Ein drehbuchreifes Spektakel

Ich weiß nicht, ob es Ihnen auch so geht, aber ich fühlte mich in den letzten Monaten fast nostalgisch in die 80er-Jahre versetzt. Da bricht ein russischer Oppositionspolitiker während eines Fluges in Sibirien zusammen, kann dann in einem Krankenhaus in Omsk gerettet und stabilisiert werden und wird dann auf Wunsch seiner Familie in die Berliner Charité verlegt.

Und hier enden die Fakten. Aber jetzt geht es so interessant inszeniert weiter, das hätte sich selbst ein Tom Clancy in einem seiner Kalter-Kriegs-Schundromanen der 80er nicht so ausdenken können. Plötzlich tritt die Bundesregierung an die Öffentlichkeit mit angeblichen Befunden eines nicht näher genannten Bundeswehlabor, das eindeutig nachgewiesen habe, dass Nawalny mit dem Kampfmittel Nowitschok vergiftet worden sei. Der Schuldige steht dann auch sofort fest: Die russische Regierung oder direkt Putin als Person, denn seriös muss man ja nicht einmal mehr wirken in einer Republik, in der die *Bild* ein Meinungsmonopol besitzt.



Sofort wird das deutsch-russische Nord-Stream-2-Projekt zur Disposition gestellt, was einigen Transatlantikern (u.a. Röttgen, Trittin, Özdemir) sehr zu Gute kommt. Direkt bieten sich die USA an, statt des günstigen russischen Erdgases, teures und noch umweltschädlicheres Frackinggas zu verkaufen; das findet gerade die

„Grüne“ Parteispitze sehr gut aber Umweltschutz ist ja auch nur noch deren Feigenblatt. US-Außenminister Mike Pompeo mischt sich ein und fordert – wirtschaftlich natürlich ganz uneigennützig – einen Stopp von Nord-Stream-2, während die USA in den letzten Jahren den Bezug von Rohöl und Ölprodukten aus der Russischen Föderation erhöht haben und weiter erhöhen. Dann gibt es plötzlich Drohbriefe von US-Senatoren an Verantwortliche des Hafens Sassnitz-Mukran. Die Einreise in die USA sollte ihnen untersagt und jegliches Eigentum im US-Einflussbereich eingefroren werden, schreibt die *Ostsee-Zeitung* am 10. September. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) verurteilt die Drohungen prompt.

Die Bundesregierung fordert inzwischen die russische auf, bei der Aufklärung dieses „nachweislichen“ Giftgasanschlags mitzuwirken. Das würde man in Moskau gerne tun, verlautet es aus dem russischen Außenministerium und

man stellt ein Rechtshilfegesuch an die Bundesregierung. Aber nichts geschieht – außer, dass man diesem angeblich längst zugestimmt hätte, sagt Bundesaußenminister Maas.

Daraufhin fordert die russische Regierung die Offenlegung der Fakten. Bisher gibt es lediglich die Behauptung, es habe Nachweise des Giftes durch ein Bundeswehlabor gegeben, nichts davon wird belegt. Nun ist die Bundesregierung bereit, die Ergebnisse der OPCW (Organisation für das Verbot Chemischer Waffen), der auch die Russische Föderation angehört, zu übergeben. Diese bestätigt lediglich, dass die Symptome denen einer Vergiftung mit einem Gift der Nowitschok-Gruppe ähneln. Was soll man auch mehr dazu sagen, wenn man nichts zum selbst auswerten erhält?

Schwedische und französische Labore sollen den angeblichen Nachweis des Bundeswehr-Labors bestätigt haben. Aber auch für diese Behauptung haben wir nur das Wort des Regierungssprechers Steffen Seibert.

Nawalnys Team veröffentlicht über Twitter schließlich ein Video, das einerseits zeigt, wie Nawalny aus einer Wasserflasche trinkt, an der später – so behauptet man wieder – Spuren des Giftes gefunden worden waren. Da alle Welt sich fragt, wie die Flasche nach Berlin kommt, gibt es prompt auch noch ein Video, in dem gezeigt wird, dass dasselbe Team „Beweismittel“, wie diese Flasche, mit Handschuhen in Plastikbeutel steckt. Also ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich neige dazu, das Ganze als Inszenierung aufzufassen.

Warum legt die Bundesregierung die Testergebnisse nicht einfach offen und entlarvt so die vermeintlichen Übeltäter? Dazu gibt es eine höchst fragwürdige Antwort des CDU-Außenpolitikers Roderich Kiesewetters gegenüber der *Berliner Zeitung* vom 10. September: Man veröffentliche die Testergebnisse nicht, damit russische Geheimdienste „dann ableiten, mit welchen Analysemethoden gearbeitet wurde. Mit diesen Erkenntnissen könnten die Russen den Einsatz von Nowitschok in der Zukunft so verändern, dass das Gift noch schwerer aufzufinden ist.“ Und wieder einmal hätte ein Tom Clancy sich das nicht so gut zusammenreimen können.

Aber wer ist eigentlich dieser Nawalny, über den man in der Kapitalpresse nur erfährt, dass er Korruption aufdeckt und in Opposition zum Kreml steht.

Ein Interview des MDR von Juni 2017 kennzeichnet ihn als einen antiliberalen, fremdenfeindlichen Rechtspopulisten, der gegen Muslime, Migranten, Homosexuelle und kritische Medien hetzt. Er verwendete in Reden häufig eine entmenschlichende Sprache gegenüber von ihm verachteten Menschengruppen. Den Link zu dem Interview finden Sie am Ende des Artikels.



Nawalny ist also mitnichten der liberale Freiheitskämpfer gegen den bösen Machtmenschen Putin, wie ihn uns die hiesige Propaganda verkaufen möchte. Dennoch wünscht man niemandem, nicht einmal einem Nawalny, voller Häme Krankheit oder eine Vergiftung mit Folgen, aber den Storytellern

dieser Schmierentragödie geht es überhaupt nicht um die Gesundheit dieses Rechtspopulisten. Sie verfolgen damit ganz andere Ziele.

Sollte Nawalny wirklich vergiftet worden sein, stellt sich nach der *cautio criminalis** die Frage, wer ein Motiv hatte. Nach Lesart der Westmächte und der Kapitalpresse sollte Nawalny ausgeschaltet werden um bei den Regionalwahlen keine Gefahr darzustellen. Das oben genannte Interview weckt allerdings Zweifel daran, ob dieses Argument stichhaltig ist, denn offenbar war Nawalny seinerzeit in der russischen Opposition aufgrund seiner menschenverachtenden Positionen höchst umstritten. Es dürfte zu bezweifeln sein, dass aus dem selben Mann drei Jahre später das große Bindeglied der zerstrittenen Opposition geworden ist.

Die Verquickung mit Nord-Stream-2 lässt aber noch ein ganz anderes Motiv erkennen. Nawalyns mutmaßliche Vergiftung könnte auch dazu benutzt worden sein, dieses Projekt und damit eine leichte Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation zu behindern. Ich überlasse es Ihrem scharfen Verstand, sich selbst die Antwort darauf zu geben, wer daran wohl ein Interesse haben könnte. Allerdings braucht man sich nur genau ansehen, wer davon profitiert, wenn Nord-Stream-2 verhindert wird, dann findet man vielleicht auch den Schuldigen.

Georg A. Fotiadis

*Die *cautio criminalis*“ war eine Rechtsschrift von 1631, die sich gegen die Hexenprozesse wandte

<https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/politik/nawalny-kritisch-klimeniouk-100.html>

Mahnwache am Sternplatz

Die DKP Märkischer Kreis veranstaltete am 6. August anlässlich des 75. Jahrestags des Bombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki eine Mahnwache am Sternplatz in Lüdenscheid.



Am 6. August 1945 um 8:15 Uhr warfen die Amerikaner die erste von zwei Atombomben auf ihren Kriegsgegner Japan ab. Zehntausende Menschen, auch Kinder, Frauen und zumeist männliche Zivilisten, starben sofort; Hunderttausende in den Wochen, Monaten, Jahren danach. Es gab Erbschäden über Generationen hinweg. Es war eines der schwersten Kriegsverbrechen, das jemals

begangen wurde.

Aber damit nicht genug, es war der Moment, in dem die USA begannen, die Welt atomar zu erpressen – entweder direkt und unverhohlen mit militärischen Mitteln oder indirekt durch Stationierung von US-Truppen zu vermeintlichem Schutz, den es für diese Länder nicht umsonst gab.

Die militärischen Ausgaben wurden und werden diesen Ländern bis heute vorgeschrieben. Was könnte mit dem Geld alles andere gemacht werden:

- Ein kostenloses Gesundheitssystem für alle
- Die Bekämpfung des Hungers
- Eine Beendigung der prekären und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen

Umso unverständlicher, dass in Lüdenscheid lediglich die DKP eine Abordnung zur Mahnwache stellte. Deswegen ist unsere Arbeit umso wichtiger.

Dietmar Fernholz

Abrüsten statt Aufrüsten

Lüdenscheid beteiligt sich an bundesweiter Aktion

Am 5. Dezember fanden in zahlreichen Städten Aktionen unter dem Motto „Abrüsten statt Aufrüsten“ statt, die sich gegen Krieg und Rüstung wandten. Hier in Lüdenscheid beteiligten sich die Friedensgruppe Lüdenscheid, die Partei die Linke Lüdenscheid, die Gruppe Energiewende und die DKP Märkischer Kreis an der Aktion.



Aus Corona-Auflagen wurde die Teilnehmerzahl auf 20 begrenzt, es fanden sich aber interessierte BürgerInnen, die um die Veranstaltung herum den Wortbeiträgen von Matthias Wagner (Friedensgruppe), Otto Ersching (Die Linke) und Wolfgang Utsch (Gruppe Energiewende) sowie den musikalischen Beiträgen von Tlako

Mokradi und Ulrike Wagner lauschten.

Die Teilnehmer trugen Plakate mit der Aufschrift „Lockdown und Maskenpflicht für Rüstung und Militär! Geld für Gesundheit statt für Rüstung!“

Einige Passanten nahmen sich Unterschriftenlisten mit oder leisteten vor Ort selbst eine Unterschrift. Der Wetterverantwortliche spielte auch mit, denn zum Anfang zogen die Wolken auseinander und die Sonne schien auf die Veranstaltung. Zum Ende überflogen Tauben, wie abgesprochen, den Platz.

Georg A. Fotiadis

Antikriegstag/Weltfriedenstag

Eine Nachlese

Nach dem zum Antikriegstag/Weltfriedenstag (1.Sept.) hier im Märkischen Kreis in der Öffentlichkeit, abgesehen von vereinzelte Mahnveranstaltungen, wie in Iserlohn, kaum berichtet wurde, möchte ich diesen geschichtlichen Tag kurz in Gedächtnis rufen:

Am 1. September 1939, um 4.47 Uhr, beschoss ein deutsches Kadettenschiff, die „Schleswig-Holstein“, ein Munitionslager auf der polnischen Halbinsel „Westerplatte“. Es war der Auftakt zu einer Invasion des östlichen Nachbarns. Deutsche Soldaten rückten weiter vor nach Polen. Schon auf dem Marsch ermordeten und drangsalierten sie zahlreiche Menschen, welche die grausamste Zeit ihres Lebens erlebten. Insgesamt brachten die deutschen Faschisten 6 Millionen Polen, darunter 3 Millionen Juden, um! – Der 1. September wurde so der Beginn des 2. Weltkrieges, der insgesamt ca. 60 Millionen Menschenleben kostete.

Und heute? – Zurzeit dominiert in der Politik und in der öffentlichen Diskussion das Thema Corona. Doch das Virus der Aufrüstung, des Rüstungsexports und der Rechtsentwicklung wütet schon viel länger und gefährlicher. Das Feindbild ist mit Russland und China auch schon ausgemacht. Lasst uns dem Militarismus national und global Sand ins Getriebe streuen! – Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Uwe Moldenhauer

Arbeiterklasse und Faschismus (Teil 2)

Nährboden Kapitalismus

Für die Gewinnung breiter Massen ist nicht in erster Linie die faschistische Propaganda entscheidend, sondern es sind die objektiven Verhältnisse im real existierenden Monopolkapitalismus.

Werden die Zugeständnisse der Bourgeoisie überbewertet und der Klassengegensätze nicht mehr als antagonistisch, also unvereinbar und entgegengesetzt, wahrgenommen, sondern als versöhnlich betrachtet, schlägt dies voll auf die Arbeiterklasse zurück; Beispiel: Allgemeines Wahlrecht, das im Rahmen der Novemberrevolution erkämpft wurde.

Für den revolutionären Flügel der Sozialdemokratie ergab sich daraus das Problem, den Glauben zu widerlegen, dass mit immer größeren Wahlerfolgen die Macht im Staate tatsächlich errungen werden könnte.

Der schließlich in der Sozialdemokratie Überhand nehmende Revisionismus – oder andere sagen dazu auch Reformismus – arbeitete dem Klassengegner in die Hände; so dass die Befriedigung der Arbeiterklasse auch aus dieser Richtung erfolgte und erfolgt.

Die Gründung der Kommunistischen Partei führte die Sozialdemokratie, bzw. die Arbeiterbewegung zu Marx zurück. Die revisionistischen Kräfte verhinderten jedoch, dass in der KPD die Vereinigung der gesamten Klasse erfolgte. Die Folge war die Spaltung der Arbeiterklasse, bzw. die Spaltung der Arbeiterbewegung, und dass sie sich gemeinsam der faschistischen Gewaltherrschaft in den Weg gestellt hätte.

Die folgende Ausschaltung der Arbeiterbewegung als Zentrum des Widerstandes war die Voraussetzung für die totale faschistische Herrschaft und für die Kriegsvorbereitung. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen bekamen als erste den brutalsten Terror zu spüren. Nicht nur die Kommunisten sondern auch die Sozis, die jetzt als Hauptstütze des Kapitals – oder anders ausgedrückt als Arzt am Krankenbett des Kapitals – endgültig abseviert wurden.

Nach Opitz: „Faschismus ist die Zerschlagung und die Illegalisierung sämtlicher den Interessen des Monopolkapitals entgegengerichteten politischen Organisationen, stets und in erster Linie der Organisationen der Arbeiterbewegung.“

Es war die vernichtende Niederlage, die die Kommunisten dazu veranlasste, schonungslos das Wesen des Faschismus zu untersuchen. „Der Faschismus an der Macht ist die offen terroristische Diktatur der am reaktionärsten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, wie die Komintern, bzw. die Kommunistische Internationale – oder als Kürzel auch KI – bereits 1933 analysierte.

(Fortsetzung in Teil 3)



Raimund Baytz

Krieg

Da stampft sie hin, die graue Masse,
nicht mehr fähig, zu denken.

Sie lebt vom ungeimpften Hasse,
lässt willenlos sich lenken.

Der Schritt klingt hart, ein Lied dabei,
da ziehen sie hin, die grauen Horden.
Es geht zur Massenschlächtere,
im Frieden nennt man so was „Morden“.

Die Regierungen haben es geschafft,
das Gute im Menschen zu verzerren.
Illusionen sind nun hingerafft,
nun kann das Böse triumphieren.

Es tobt der Krieg mit allen Schrecken
gnadenlos um Machtinteressen.
Das Kapital wird am Ende dann die Wunden lecken
um seinen Gewinn dann zu bemessen.

Die militärische Sinnlosigkeit
ist ein Zeichen großer Schwäche.
Geblieben ist nur Kummer und Leid,
privilegiert hat nur das Kapital,
mit Gold gefüllt sind ihre Bäche.

Theo Klein, Die Linke, Lüdenscheid

Aktion vor Linden

Der Kunststoffverarbeiter Linden, Lüdenscheid, geriet bereits im April in die Schlagzeilen, weil er in einer Nacht- und Nebelaktion einige Maschinen ins Ausland verschickte. Die 30 Mitarbeiter an diesen Maschinen sahen sich berechtigterweise, wie sich mittlerweile herausstellte, in ihrer Weiterbeschäftigung bedroht.



Am 25. November veranstaltete die Partei Die Linke eine Protestaktion vor den Toren der Firma, an der sich Mitglieder von Bündnis90/Grüne und der DKP beteiligten, nicht aber die IGM, dafür einige ehemalige Mitarbeiter, die erst kurze Zeit zuvor die Kündigung erhalten hatten.

Otto Ersching (Die Linke) sprach in seiner Rede davon, dass man bewusst einen Zeitpunkt gewählt habe, in dem durch den Lockdown kaum Widerstand zu erwarten war. Das Betriebsverfassungsgesetz sei mit Füßen getreten worden und es sei ein erster Angriff auf die betriebliche Mitbestimmung und Demokratie gewesen. Sämtliche Betriebsratsmitglieder waren auf der Kündigungsliste. „Geschäftsführer Althoff erpresst die Werktätigen damit, dass den Kündigungen der Betriebsratsmitglieder zugestimmt werden soll, sonst gebe es keine Transfergesellschaft zur Weiterbildung der von Kündigung bedrohten Beschäftigten. Schon oft war zu lesen, dass Firmenbosse Betriebsratswahlen blockiert haben oder einzelne Betriebsratsmitglieder kündigen wollten. Aber, das was hier passiert, spottet jeder Beschreibung.“ sagte Ersching.

Georg A. Fotiadis

Kein Grund für Illusionen

DKP zum Ausgang der US-Wahlen

Viele fortschrittliche Menschen in den USA haben für Joe Biden als dem scheinbar kleineren Übel votiert. Sie hoffen, ein Präsident der Demokratischen Partei sei druckempfindlicher für die Forderungen außerparlamentarischer Bewegungen als ein Präsident Trump. Wir teilen diesen Optimismus nicht.

Wahlkampf, Wahlkampfgetöse und Wahlausgang sind Ausdruck dessen, dass unterschiedliche Kapitalfraktionen, also Teile der herrschenden Klasse, in den USA uneins sind wie eine absteigende imperialistische Großmacht diesen Abstieg verhindern kann. Auch dass sich nahezu die



gesamte Politik und nahezu alle Medien in Deutschland auf die Seite von Biden schlugen und nun seinen Wahlsieg begrüßen oder feiern hat nichts mit einem neu entdeckten Herz für die Ausgebeuteten diesseits oder jenseits des Atlantik zu tun. Maßgebliche Teile des Monopolkapitals in Deutschland sehen ihre Interessen besser mit Biden als mit Trump gewahrt. Auch Joe Biden steht nicht für soziale Reformen zugunsten der Werktätigen. Mitten in der Pandemie hat er sich beispielsweise gegen eine allgemeine Krankenversicherung ausgesprochen.

In unserem Land wurde Trump und wird jetzt der Sieg von Biden zum Anlass genommen, eine stärkere Rolle des deutschen Imperialismus in der NATO, in der EU und mehr Eigenständigkeit zu fordern. Wahlkampfgetöse und Wahlausgang werden für die weitere Hochrüstung instrumentalisiert. Dagegen gehen wir am 5. Dezember mit der Friedensbewegung auf die Straße.

Friedens- und antiimperialistische Kräfte, Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts sollten sich keine Illusionen machen. Bidens Umgangsformen mögen besser sein, aber er steht für die Aggression gegen Venezuela und Kuba, für den Kurs der Einkreisung der Russischen Föderation und der VR China, er steht für die Stärkung der NATO und die Fortführung der nuklearen Teilhabe. Dies alles hat er als langjähriger Vizepräsident bewiesen. In seiner Zeit als Vize-Präsident unter Obama haben die USA über 500 bekanntgewordene Drohnen-Angriffe durchgeführt. Frieden, antiimperialistische Solidarität und gesellschaftlicher Fortschritt müssen, wie unter Trump und allen bisherigen US-Präsidenten, gegen Biden durchgesetzt werden. Ob sich die Spielräume dafür erweitern lassen wird sich in den kommenden Kämpfen zeigen.

DKP-Parteivorstand

LLL-Wochenende in Berlin

Der politische Jahresauftakt der DKP wird am 9. und 10. Januar 2021 trotz Corona in Berlin stattfinden. Das traditionelle LLL-Treffen mit Ansprachen unter anderem von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, und Kulturprogramm findet aller Voraussicht nach am Abend des 9. Januar 2021 in den Tegeler Seeterrassen unter Einhaltung eines Hygienekonzeptes statt. Zuvor wird es die Möglichkeit geben, die Rosa-Luxemburg-Konferenz der Tageszeitung „junge Welt“ inklusive der SDAJ-Podiumsdiskussion gemeinsam online zu sehen. Am Morgen des 10. Januar demonstrieren wir vom Frankfurter Tor (Beginn 10 Uhr) zu den Gräbern von Rosa und Karl in Friedrichsfelde.

Die Kostenbeteiligung für das LLL-Treffen beträgt 10 Euro, ermäßigt 5 Euro. Wir bitten um verbindliche Anmeldung: pv@dkp.de

LLL, das sind Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Den ermordeten Genossen wird traditionell in einem Gedenkmarsch vom Frankfurter Tor zu der Gedenkstätte der Sozialisten in Lichtenberg gedacht. Die DKP veranstaltet für gewöhnlich im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Konferenz außerdem einen Abend, der auch dem Genossen Lenin gewidmet ist.

„Im Jahr der deutschen Reichsgründung 1871, vor 150 Jahren, wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geboren. Sie lebten nur 48 Jahre. Bereits in jungen Jahren bekämpften beide unerbittlich den deutschen Militarismus. Sie warnten zeitig vor der Gefahr eines großen Krieges. Krieg und Kapitalismus waren für Rosa und Karl untrennbar miteinander verbunden. Sie kämpften für eine ausbeutungsfreie, friedliche Gesellschaft. Die Wucht des Hasses der Herrschenden traf sie am 15. Januar 1919 tödlich.

Die wachsende Gefahr einer atomaren Vernichtung, der Klimawandel und die Umwelterstörung, die rapide um sich greifenden sozialen Verwerfungen in den Hauptländern des Kapitals und die absolute Verelendung in den vom Kapital besonders ausgepressten Weltgegenden, der weitere Niedergang zivilisatorischer Errungenschaften, so der stetige Abbau der bürgerlichen Demokratie und die damit einhergehenden Faschisierungstendenzen, all das – nicht Viren geschuldet, sondern dem Kapitalismus! – muss auf ganzer Linie bekämpft werden. Eine andere Welt bleibt unser Ziel.

Der Kapitalismus darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Nicht dem US-Imperialismus und der NATO, nicht einer zunehmend militarisierten EU, nicht einem imperial wiedererstarkenden Deutschland darf das letzte Wort überlassen werden.“

(Auszug einer Proklamation des LL-Bündnisses vom September 2020)

<http://www.ll-demo.de/>
<https://www.unsere-zeit.de/lll-treffen-der-dkp-138597/>

Mitglied werden

Beitrittserklärung

- Hiermit beantrage ich meine Aufnahme in die Deutsche Kommunistische Partei
- Hiermit abonniere ich die UZ – Zeitung der DKP

Name

Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnr.

E-Mail

Telefon

Beruf

Geburtsdatum

Mitgliedschaft und Funktion in der Gewerkschaft / anderen Organisationen

Ich zahle laut Satzung monatlich Datum

Unterschrift

Aufnahme durch die Mitgliederversammlung der DKP Gruppe

Datum, Unterschrift Gruppenvorsitzende/r

DKP

Bitte einsenden an: DKP Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Dich hat die DKP überzeugt und Du möchtest sehr gerne Mitglied werden? Das freut uns natürlich und wir halten das für eine sehr gute Entscheidung! Schneide einfach das Formular oben aus, fülle es aus und schicke es an: Deutsche Kommunistische Partei, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen

Wir Genoss*innen aus dem MK werden dann informiert und können Dich zu einer der nächsten Mitgliederversammlungen einladen. Dort stellst Du Dich kurz vor und teilst uns mit, wie Du Dich in die Arbeit einbringen möchtest. Die Mitgliederversammlung kann Dich dann mit einfacher Mehrheit in die Partei aufnehmen.



„Tote bekommen mehr Blumen als Lebende, weil Reue stärker ist als Dankbarkeit.“

Anne Frank

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei – Märkischer Kreis

 **DKP Märkischer Kreis**

Autoren dieser Ausgabe:

Raimund Baytz
Dietmar Fernholz
Uwe Moldenhauer
Robert Poke
Georg A. Fotiadis

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Georg A. Fotiadis